

Bericht aus dem Rathaus – März 2015

Linke will freie Fahrt für Kindergartenkinder

Bislang fahren Kinder unter 6 Jahren im Nahverkehr der Stadt frei. Dies führt dazu, dass in den besonders aktiven Vorschulgruppen, ein Teil der Kinder bereits einen Kinderfahrtschein benötigt, während der Rest der Gruppe noch kostenlos befördert wird. Dies bringt die Erzieherinnen in die Klemme. Vergessen Eltern das Geld mitzugeben, müssen die Erzieherinnen es auslegen oder die Kinder können am jeweiligen Ausflug nicht teilnehmen. Daher sollen die Beförderungsbedingungen dahingehend angepasst werden, dass Ausflüge im Kindergarten generell kostenlos erfolgen können, so Fraktionschef Henning Foerster.

Elternmitwirkung ja - aber nicht so!

Die SPD ist eigentlich in einer komfortablen Lage, stellt sie doch die Sozialministerin und ist daher federführend in Sachen Kindertagesstättenförderungsgesetz. Ohne Zweifel hat die Gesetzesänderung aus 2014, nach der die Vollverpflegung jetzt integraler Bestandteil des Betreuungsvertrages ist, viele Fragen aufgeworfen. So kritisieren Eltern zurecht, dass sie in ihrer Entscheidungskompetenz eingeschränkt wurden, gleichzeitig aber die daraus entstehenden Kosten in vollem Umfang allein zu tragen haben. DIE LINKE hat im vergangenen Jahr klar Position pro Elternmitwirkung bezogen. Als die Diskussion auf dem Höhepunkt war, forderte sie umgehende Informationen im Rahmen von Elternversammlungen. Diese fanden danach auch statt. Dabei gingen die Träger unterschiedliche Wege. Einige entschieden sich für eine pauschale Abrechnung der Essenskosten auf der Basis von 17 Tagen Anwesenheit, andere für eine Spitzabrechnung. Alle Träger sagten zu, diese Verfahren nach ca. einem halben Jahr zu hinterfragen und die Elternräte einzubeziehen. Daher braucht es keine Nebelkerze, wie sie die SPD nun platzierte. Alles was im Antrag steht, ist Gesetzeslage. Wenn die SPD den Eltern wirklich helfen will, sollte sie sich an ihre Ministerin wenden, an die sich der Jugendhilfeausschussvorsitzende Peter Brill im Auftrag seines Gremiums mit der Bitte um den Erlass von Ausführungsbestimmungen zum Gesetz gewandt hatte.

Linke lässt nachträglichen Saunaeinbau prüfen

Die neue Schwimmhalle wird gut angenommen. Eines wird aber erwartungsgemäß immer wieder bemängelt - die fehlende Sauna. DIE LINKE hatte sich immer dafür ausgesprochen, konnte sich aber vor der Kommunalwahl nicht damit durchsetzen. Nun startet die Fraktion einen neuen Anlauf. Der alte Saunaofen aus Lankow könnte ggf. in die Räumlichkeiten der neuen Halle integriert werden, so Marleen Janew. Entscheidend wird aber die Frage sein, dass die Fördermittelgeber vom Land, den nachträglichen Einbau absegnen. Bei der Eröffnung hatten ja Minister und Staatssekretäre betont, dass in die Halle eine Sauna gehöre.

LINKE will Wissen e.V. helfen

Der Verein mit seinen mehr als 300 Mitgliedern ist derzeit in 2 Wohnungen hinter der Keplerpassage ansässig. Nachdem der Vermieter angekündigt hat, die Miete mehr als verdoppeln zu wollen, sucht der Verein dringend eine neue Heimat, möglichst in seinem jetzigen Umfeld, so Irina Micheilis. Das Zentrale Gebäudemanagement hat Unterstützung signalisiert.

LINKE will Bürgerbeteiligung weiter diskutieren

Zwar bemühen sich Stadtverwaltung und Stadtpolitik darum, die Möglichkeiten für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen zu verbessern, zuletzt im Rahmen einer Online Umfrage zu den 12 wichtigsten, städtebaulichen Vorhaben.

Dennoch habe niemand den Stein der Weisen gefunden und eine Diskussion darüber, wie man in Sachen Bürgerbeteiligung noch besser werden könne, sollte in den Fachausschüssen weitergeführt werden, so Gerd Böttger.

Neuer Intendant für das Mecklenburgische Staatstheater

Die LINKE stimmte geschlossen für Lars Tietje als neuen Theaterchef in Schwerin. Der bislang am Theater Nordhausen/Sondershausen engagierte Fachmann hatte die Besucherzahlen und damit die Einnahmen in einem schwierigen Umfeld steigern können und passt damit gut zum Anforderungsprofil für das Mecklenburgische Staatstheater.

Neuer Standort für sunnitischen Gemeinde wird gesucht

Die sunnitische Gemeinde kann auf eine Lösung hoffen. In einem Zwischenfazit zum Antrag der LINKEN teilte die Verwaltung mit, dass ein potentieller Investor für das Areal in der Anne Frank Straße gefunden sei. Voraussetzung für die Verwertung der Fläche, auf der momentan eine nicht mehr genutzte Kita steht, ist jedoch, dass der Investor vorher eine neue Unterbringung für die sunnitischen Gemeinde gesichert hat.

Integriertes Stadtentwicklungskonzept für Lankow

Lankow hat sein Gesicht in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Aus einem Dorf wurde ein großer Stadtteil der Landeshauptstadt Schwerin. Doch es gibt auch Probleme. Sozial- und Altersstrukturen haben sich verändert, in Teilen der Wohnungsbestände gibt es Leerstand und nach wie vor fehlt ein Stadtteilzentrum. Daher ist es richtig, dass jetzt eine Gesamtschau stattfindet, die eine nachhaltige Entwicklung für die nächsten Jahre aufzeigt, so Julia Romanski, die den Antrag für die LINKE in die Ausschüsse verwies.

Nein zu TTIP steht nicht zur Debatte

Dies machte Stefan Schmidt in seinem Redebeitrag für die LINKE deutlich. Die Stadtvertretung hatte mit großer Mehrheit eine entsprechende Resolution verabschiedet. Daraufhin hatte der Stadtpräsident diese den Landtags- Bundestags- und Europaabgeordneten aus MV zur Verfügung gestellt. Die ASK forderte jetzt, die Oberbürgermeisterin solle sich weitergehende Gedanken machen, wie man die Resolution noch weiter verbreiten könne und darüber hinaus das Stadtlogo für Veröffentlichungen auf Flugblättern von attac freigeben. Dies lehnte die Mehrheit der Stadtvertretung ab.

Fahrradfreundliches Schwerin

Gleich zwei Anträge brachte die SPD in die Stadtvertretung ein. Das Auftragen eines Fahrradsymbols auf die Fahrbahn in der Werderstrasse/Höhe Schloßstrasse und die Einrichtung einer Fahrradaufstellfläche an der Ampel Wallstrasse/Reiferbahn/Eisenbahnstraße verwies Wolfgang Block für die LINKE zur Beratung in die Fachausschüsse.